

Norddeutscher Rundfunk stellvertretende Intendantin Frau Lütke Rudolf-von-Bennigsen-Ufer 22

30169 Hannover

01. Oktober 2024

Sehr geehrte Frau Lütke, liebe Redakteure, Journalisten und Programmgestalter,

sie ist wieder da! Die kleine Melodie, aufgetaucht aus dem Ohrwurm-Erinnerungskästchen: "Eins, zwei oder drei? Du musst dich entscheiden, drei Felder sind frei!"

In der Neuauflage der Spielshow, diesmal für Erwachsene, Titel: "Ist die AfD ein Problem für die Demokratie?", sollen Teilnehmer einer Art Bürgerrat mit dem Betreten von Zustimmungs- oder Ablehnungsfeldern über die Demokratiegefährdung durch eine Oppositionspartei befinden. Der einzigen Oppositionspartei, die bisher mangels Regierungsbeteiligung noch nie für Auswirkungen von Politikentscheidungen auf die Gesellschaft verantwortlich gemacht werden konnte.

Pro-Argumente erhalten "die 100" in Form von Videoschnippseln und Social-Media-Screenshots, die den Extremismus der zu beurteilenden Opposition zeigen sollen sowie die von ihr verschuldete Diskurseinengung durch Widerspruch gegenüber "der Wahrheit" oder "der Wissenschaft".

Dass am Ende der Sendung noch immer 28 von 100 Teilnehmer der Ansicht sind, dass die AfD kein Problem für die Demokratie ist, ist sicher auch der überzeugenden Contra-Argumentation geschuldet, die die gefestigte Demokratie im Land als Grundlage für eine offene Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner und auch dessen durch etablierte Parteien in Koalitionen eingehegte Regierungsbeteiligung beschreibt.

Nach dieser Sternstunde des politischen Bildungsfernsehens freut sich der Gebührenzahler auf weitere Sendungen des Formats. Titel und beispielhafte Pro-Argumente könnten lauten:

"Sind die regierungsbeteiligten Parteien ein Problem für die Demokratie?"

- mit nachweislich erlogener wissenschaftlicher Evidenz begründete Grundrechtseingriffe
- Diffamierung von Regierungskritikern als "Leugner", "Delegitimierer des Staats", "gefallene Engel aus der Hölle"
- Forderung eines Grünenmitglieds nach "Zuwanderung bis zum Volkstod"
- Bekenntnis von SPD-lerinnen zur gewaltbereiten Antifa

"Sind die Medien ein Problem für die Demokratie?"

- Deutlich regierungskonforme Informationen in Nachrichtensendungen der letzten Jahre wie z. B. durch Impfluenzer-Interviews (legendär die Tagesthemen mit Bill Gates oder den Ärzte-Rebellen)
- Bürgerdiffamierende Äußerungen in "Satire"-Sendungen ("so ein Blinddarm ist ja nicht essentiell", "Was die Ratten in der Pest waren, sind Kinder zurzeit.")
- Menschenverachtendes (immer noch online abrufbares) Videospiel "Corona-World"
- Forderung nach Zensur als Mittel zur Bewahrung der Meinungsfreiheit (bei der Verleihung des Fernsehpreises 2024, für dem auch "Die 100" nominiert waren)



"Sind die Wähler ein Problem für die Demokratie?"

- Es gibt keine Zulassungshürden in Form von Intelligenz- oder Gesinnungstests vor Wahlen.
- Die Bürger wählen in zunehmendem Maße Parteien, deren Programme nicht den Weg zur vom herrschenden Zeitgeist (und den etablierten Parteien) geplanten globalisierten und emissionsfreien Zukunft unterstützen.

Sicher bieten sich im Gemeinwesen noch viele Anlässe mehr, nach Demokratiegefährdung zu suchen.

Es finden sich überall (und zunehmend!) extreme und menschenverachtende Äußerungen. Diese sind gesinnungsübergreifend abzulehnen!

Jeder Einzelne, Bürger, Politiker und Journalisten, ALLE sind aufgefordert zur Mäßigung!

Gesellschaftlich hilfreich wäre es hingegen, die in allen Bereichen vorhandenen, in sich geschlossenen Filterblasen aufzubrechen, in denen eigene Argumente (und Auszeichnungen!) produziert werden, um damit die eigene Überzeugung zu stützen. In der Politik z. B. durch weisungsgebundene Behörden (RKI, Verfassungsschutz), durch die Parteien besetzte Institutionen wie Ethikrat und StiKo oder durch mit Steuern co-finanzierte Stiftungen, NGOs, Thinktanks. Bei den Medien spielen sicher eigene politische Überzeugungen der Mitarbeiter eine Rolle sowie der Verlass auf Nachrichtenagenturen (oder wie z. B. im Fall der sogenannten Geheimkonferenz auf gesinnungsgetriebene Faktenchecker, deren "Erkenntnisse" trotz gerichtlichen Verbots immer noch zitiert werden). Die Bürger suchen für private Kontakte eher Gleichgesinnte und konsumieren auf ihre Interessen und Überzeugungen abgestimmte Medien.

Um diese kreisläufigen Abschottungen aufzubrechen braucht es einen offenen Austausch auf Sachebene. Das ist nur möglich mit verantwortungsbewussten Medien!

Medien, die Politikerhandeln kritisch begleiten und hinterfragen.

Medien, die nicht ständig die Auswüchse aller politischen und gesellschaftlichen Ränder durch Skandalisierung verstärken, sondern sich um Verständigung bemühen.

Medien, die unabhängig von eigenen Überzeugungen und Vorlieben umfassend, sachlich und möglichst neutral informieren. Einordnungen und Kommentare sind sicher sinnvolle Ergänzungen, so sie als solche gekennzeichnet sind. Erziehung ist NICHT die Aufgabe der Medien!

Was also erwarten kritische Gebührenzahler besonders vom Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk? Information statt Ideologie. Sachlichkeit und Ausgewogenheit.

Ausgewogenheit, die sich nicht darauf beruft, einen anders ausgerichteten Standpunkt in einer Sendung nachts um 23:30 gesendet zu haben.

Ausgewogenheit, die sich in gleichem zeitlichem Anteil und gleichprominenten Sendeplätzen äußert. Also am besten: verschiedene Standpunkte in EINER Sendung (übertragbar auch auf Printmedien).

Wie wäre es denn mit einem Format, in dem regelmäßig jeweils eine Sachfrage behandelt wird?

- Die Journalisten liefern Fakten, die das Thema von allen Seiten beleuchten (also ein bisschen so wie bei "Die 100").
- Experten mit unterschiedlichen Sichtweisen kommen zu Wort.
- Lösungsvorschläge der unterschiedlichen Parteienvertreter zu diesem Thema werden vorgetragen ohne Person und Partei zu nennen!
- Der Zuschauer könnte sich ein umfassendes Bild des Sachverhalts und der angebotenen Ideen zum Umgang mit denselben machen, ohne von Vorurteilen geleitet zu werden.



Der ehemalige Chefredakteur der HAZ äußerte mir gegenüber in einem persönlichen Telefonat einmal, der Großteil der Leser sei nicht in der Lage, sich eine eigene Meinung zu bilden. Aber genau dazu sollten die Medien die Bürger befähigen. Ein fundiertes Wissen und eine daraus resultierende eigene, fundierte Meinung über Sachthemen ist die beste Brandmauer gegen Extremismus. Bei Bürgern, Politikern und Journalisten.

Was könnten die Medien noch tun?

Wie wäre es, wenn die Medien inklusive des ÖRR als Teil der 4. Gewalt im Land alle Brandmaurer (m/w/d) auffordern, es ihnen gleichzutun und zu verkünden: "Nein, es war nur eine Demonstration, natürlich dürft ihr auch aufs Spielfeld kommen, hier wird keiner ausgegrenzt!"

Und ganz nebenbei: Wie wäre es, Fernsehpreise nicht von "unabhängigen Gremien" aus Film- und Fernsehschaffenden vergeben zu lassen, die sich und ihre Branche selbst beweihräuchern, sondern von allen Zuschauern und Gebührenzahlern?

Und vielleicht könnten die Medien zusätzlich die Politik dazu anregen, genauso auch bei den Staatsauszeichnungen zu verfahren? Also nicht Orden für die Unterstützung der Regierungslinie zu vergeben, sondern den Bürgern die Auswahl der Auszuzeichnenden zu überlassen?

Beides wären sicher Schritte gegen Medien- und Politikverdrossenheit und damit auch gegen Anfälligkeit für Populismus und Radikalisierung!

Die Bürgerinitiative Leuchtturm ARD ist überzeugt, dass die Medien und insbesondere der ÖRR ein Schlüssel für eine aufgeklärte Gesellschaft sind. Kommen Sie ins Gespräch mit uns, wir stehen am 17.10.24 wieder von 17-18 Uhr vor dem Funkhaus zum persönlichen Austausch bereit.

Beste Grüße im Namen der Bürgerinitiative Leuchtturm ARD Cornelia Weituschat cow@weiplan.de 05 11 / 59 06 68 60

PS: Die Länge dieses Briefes bitte ich zu entschuldigen – das Anliegen erforderte Ausführlichkeit. Da wir Ihnen in dieser Woche durch die ausfallende Mahnwache keine Gelegenheit zu einem persönlichen Gespräch mit uns geben können, ist ja vielleicht etwas Zeit für längere Lektüre vorhanden.